Anarcho-Syndikalismus international

Newsletter des ASN Köln, Nr. 10, Winter 2019/‘20



CHILE

Nicht wie Marx, eher wie Bakunin

Die französische Basisgewerkschaft CNT-IAA hatte Anfang Dezember 2019 Neuigkeiten von der *Anarchistischen Gruppe Germinal* aus der chilenischen Provinzhauptstadt Concepción veröffentlicht:

"[Nach einem Monat krasser Kämpfe] ist hier noch niemand von unseren Mitstreiter*innen in Polizeigewahrsam oder im Gefängnis, obwohl es in den ersten Wochen des Kampfes einige Verletzte durch Schrotgeschosse gab.

Bei uns konnte eine starke, dauerhafte Präsenz auf den Straßen und auch in den Nachbarschaften, wo selbstbestimmte Versammlungen organisiert und gut besucht wurden. Dabei war die Art der Organisierung sehr interessant, auf sehr anarchistische Weise. Bis zum 03. Dezember war es möglich eine starke Auseinandersetzung zu führen, ohne nachzugeben, und zwar überall gleichermaßen: in Santiago, Valparaiso, Iquique, Tocopilla, Puerto Montt – man kann sagen fast im ganzen Land.

Ich sende dir einen Text, den wir am Anfang des Volksaufstands verfasst haben und der immer noch höchst aktuell ist. Vor allem heute, da die Regierung hervorgehoben hat, dass ihre Feinde, welche für die Brände und Plünderungen verantwortlich seien und die nun die Straße übernommen haben, die Anarchist*innen seien. Und daher soll eine Unterdrückungskampagne gegen Gruppen und Einzelpersonen gestartet werden."

[Fortsetzung auf S.2]

FRANKREICH

Polizeigewalt gegen Generalstreik

Seit über einem Monat führen die Arbeiter*innen einen massenhaften Arbeitskampf gegen die Rentenreform und Sparpolitik der Regierung Macron.

Die Streikwelle begann am 05.12. als in über 70 Städten etwa 510.000 Arbeiter*innen gegen die neoliberalen Reformpläne demonstrierten. Zahlreiche Züge und Metros wurden zum Stillstand gebracht, viele Schulen und Unis blieben geschlossen, selbst Rechtsanwält*innen streikten.

Mit Tränengas und Wasserwerfern griffen Polizei und Gendarmerie viele Massendemos an, zu denen sich auch Studierende und die Bewegung der Gelbwesten versammelten. Nachts kommt es vermehrt zu heftigem Widerstand gegen die Staatsgewalt und in zahlreichen Städten, wie Paris, Lyon, Nantes oder Toulouse gab es Krawalle.

Das Bündnis der reformistischen Gewerkschaften (CFDT, CGT, FO,...) hatte die landesweiten Streiks, wie angekündigt, tatsächlich über die Feiertage bis in den Januar 2020 fortgesetzt und vor allem im öffentlichen Nah- und Fernverkehr für massenhafte Ausfälle gesorgt.

Dabei wurden außer Demos auch direkte Aktionen durchgeführt, wie Blockaden, das gezielte Unterbrechen der Stromversorgung oder das Anbieten kostenloser Dienstleistungen. Mittlerweile dauert der Ausstand in mehreren Branchen länger als der 28-tägige Kampf von 1988/‘89.

Mehr Infos: http://blog.cnt-ait.info
http://www.cntaittoulouse.lautre.net
https://www.labournet.de



[Forstsetzung von S.1]

„Ich weiß nur, das ist nicht Marx. Es ist eher Bakunin“ [1]

"Jetzt ist die Zeit der nachbarschaftlichen und gleichberechtigten Organisationen und Kollektive. Die Regierung hat nicht verstanden, dass dies ein Kampf ist, der schon lange begonnen hat, bevor die Demokratie zurückkehrte. [2] Denn es ist ein Kampf, in dem wir alle uns erhoben haben: Kleinbäuer*innen (pobladores), Studierende, Arbeiter*innen, erwerbslose Eltern, Kinder und Jugendliche, die alle eine neue Verfassung anstreben, die jeden miteinbezieht.[3]

Doch letztendlich haben wir eine Verfassung bekommen, die auf der Ebene der politischen Parteien abgeschlossen wird, welche niemand anderen miteinbeziehen als sich selbst. Darüber hinaus haben sie gesetzliche Abkommen getroffen, die ihnen nützen und damit auch dem großartigen Schicksal des Landes. Bereits Ende der 1980er, dass dies eine Parteidiktatur ist, denn der einzige Weg der anerkannt und erlaubt ist, um Stellvertretung auszuüben bzw. ein*e Stellvertreter*in zu sein, ist durch die politischen Parteien.

In den 1990ern wurde eine neue Art der Zusammenkunft und des Handelns entwickelt, welche die autoritäre und ausschließende Struktur der traditionellen Organisationen in Frage gestellt hatte. Jedoch mit den Praktiken aus den 1980ern wurden Organisationen aufgebaut, die ganz langsam vom Autoritarismus [4] und von einer verlogenen Führer*schaft durchzogen und übernommen wurden (was nicht bedeuten soll, dass es eine „ehrliche“ Führer*schaft gibt oder dass sie besser wäre).

Dennoch gibt es noch Organisationen, deren Ziel weiterhin eine inklusive Verfassung ist. Und eben diese haben auch bewusst keine Anführer*innen oder Stellvertreter*-innen und schaffen es die gesamte Gesellschaft mit einzubeziehen, die langsam ihre Stärke und ihre Solidarität im Kampf entdeckt.

Diese Auseinandersetzungen der letzten vier Wochen haben es ermöglicht, auf eine aktive und alarmierende Weise die dringenden Forderungen aufzuzeigen. Die haben jedoch nichts mit der Einführung von 30 Dollar teuren U-Bahn-Tickets zu tun, sondern viel mehr mit den Plünderungen, bei denen die gestohlenen Waren an die Bevölkerung zurückgegeben wurden. Oder mit den ausgetrockneten Flüssen, wegen denen viele Leute ihre Tiere nicht tränken oder ihr Getreide nicht gießen können, während ein einziger „Herr“ (señor) viele Hektar Land sehr gut bewässern kann.

Ebenso wie diese Flüsse, deren Strom zurückgekehrt ist, strömt auch die Bevölkerung als ein Ganzes, durch die Sozial- und Basisorganisationen, abseits von den Parteien, welche seit vielen Jahrzehnten ihre Kämpfe gelenkt haben. Die Menschen haben erste Schritte auf dem Weg der Selbstbestimmung gemacht, sind aktiv geworden und sprechen für sich selbst. Ihr Ziel sind grundlegende Veränderungen und dadurch wird das Modell des radikalen Kapitalismus in Frage gestellt.

Als Anarchist*innen sehen wir, dass diese Protestkundgebungen es geschafft haben, eine grundsätzliche Verschiebung der gesellschaftlichen Kämpfe hervorzubringen. Daraus hat sich ein Aufstand entwickelt, der die wirtschaftlichen Symbole angegriffen hat, die für die Unterstützung dieses Systems stehen. Dieses befindet sich nicht in der Krise, sondern im Niedergang. Denn genauso, wie die Liberalen den Sozialismus in Venezuela als ein System bezeichnen, das keine Antworten mehr hat, so verhält es sich mit dem chilenischen Liberalismus, der auch nicht mehr antwortet, denn er ist auf einer



ideologischen Vorstellung gebaut, die durch Waffen erzwungen wird und von der Überschuldung der Einzelnen aufrechterhalten wird.

Die Menschen in ihren gleichberechtigten Organisationen und Bezugsgruppen haben es geschafft auf den Straßen zu bleiben angesichts und trotz der bewaffneten Armeen. Und anstatt, dass es weniger Demonstrationen gibt, haben diese noch zugenommen und mehr Leute haben sich aus Protest gegen die Polizeigewalt angeschlossen.

Wir denken, dass es gleichzeitig zu der Aufrechterhaltung der Barrikaden und innerstädtischen Proteste wichtig ist, im Aktivismus weiter zu gehen und wirkliche Basisversammlungen zu organisieren. Damit diese das Vorgehen besprechen und durch Diskussionen die Richtung der Kämpfe vorgeben, gemeinsam mit den Gebieten, die von der Unterdrückung und der Macht des Staates befreit wurden.[5]

Es gibt auch einen Entwurf für ein Grundeinkommen in Chile, mit dem wir vorangehen auf dem Weg zum neuen Aufbau der Gesellschaft: durch mehr Solidarität, mehr Aktionen und mehr Kämpfe.

Der Kampf geht weiter bis alle Politiker*innen
weg sind: Alle müssen gehen!
Organisiert euch, um zu kämpfen,
nicht um zu führen!"

Grupo Anarquista Germinal (Concepción/Chile)

Quelle: http://blog.cnt-ait.info

Anmerkungen:

1) Michael Bakunin (1814-1876), anti-autoritärer Anarchist und Mitbegründer der Ersten Internationale; Karl Marx (1818-1883), autoritärer Kommunist und Mitbegründer der Ersten Internationale.

2) Seit dem Putsch am 11. September 1973 gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende herrschte General Augusto Pinochet als Diktator bis zur Präsidentenwahl von 1990, blieb aber Oberbefehlshaber des Heeres bis zu seiner Verhaftung 1998 in London.

3) Die diktatorische Verfassung von 1980 wurde zwar 1989 leicht geändert, aber bis ihrer Reform von 2005 gab es keine grundsätzliche Einschränkung der zentralen Macht des Militärs bzw. des Nationalen Sicherheitsrats (COSENA). Am 10.11.2019 kündigte der Innenminister Blumel angesichts von Massenprotesten die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an.

4) undemokratische, pragmatisch-reaktionäre Herrschaftsform mit begrenzter Vielfalt und unklarer Weltanschauung, aber fehlender Massenmobilisierung

5) Die Mapuche als größte Gruppe von Ureinwohner*innen des südamerikanischen Landes, kämpfen seit Jahrhunderten für selbstverwaltete Gebiete und politische Anerkennung, vor allem aber gegen Rassismus, Vertreibung und Naturzerstörung.

Mehr zum Thema:

Chile: Solidarität mit dem Protest der Arbeiter*klasse

https://anarchosyndikalismus.blackblogs.org

https://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_in_Chile_2019



CHILE

Solidarität mit dem Protest der Arbeiter*klasse

Das Sekretariat der *Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation* (IAA) hat Anfang November 2019 folgende Erklärung veröffentlicht:

In den letzten Wochen sind in Chile soziale Proteste ausgebrochen, welche die Wut der Arbeiter*klasse gegen ihre Lebensbedingungen widerspiegeln. Der Staat antwortete mit Gewalt und Unterdrückung. Das chilenische Nationale Institut für Menschenrechte berichtete, dass hunderte

Menschen durch Schusswaffen verletzt wurden und es einige Dutzend Schwerverletzte [sowie 18 Tote] gab.

Die IAA erklärt sich solidarisch mit den Sozialprotesten der Arbeiter*klasse auf der ganzen Welt. Gemeinsam müssen wir der Gewalt von Kapital und Staat widerstehen. Wir drücken daher unsere Solidarität aus mit dem Kampf gegen die Regierung und deren Ablehnung.

Um eine selbstverwaltete Gesellschaft aufzubauen, müssen wir uns organisieren, damit dieses Unter-drückungsinstrument abgeschafft werden kann und wir stattdessen zugunsten der Menschen arbeiten – zugunsten aller Menschen!

Quelle: https://iwa-ait.org

CHILE

Ausnahmezustand und Widerstand gegen die Regierung

In der südamerikanischen Republik Chile hat der Präsident den Notstand ausgerufen und lässt 10.000 Soldaten und Polizei die Aufstände gewaltsam niederschlagen.

An dem Aktionstag 21.10. blieben Banken, Schulen und Ämter geschlossen und während es zu zahlreichen Plünderungen kam, wurden bereits 1.500 Menschen festgenommen [mittlerweile mehr als 2.500 Gefangene].

Das anarchosyndikalistische Allgemeine Syndikat (SOV) in der Hauptstadt Santiago hat einen Aufruf zum Generalstreik veröffentlicht und am Abend zu einer Demonstration mobilisiert:

Während Schwarzfahren in der U-Bahn kriminalisiert wird, hinterzieht die herrschende Klasse Hunderte Milliarden an Steuern. Während der Widerstand der Armen gegen die multinationalen Konzerne unterdrückt wird, plündert die herrschende Klasse das Land aus.

Aus diesem Grund sind es nicht mehr nur die Schüler*-innen, die sich klar und kämpferisch gegen die Fahrpreis-erhöhung auflehnen, durch welche die Arbeiter*klasse geschröpft wird.

Und es geht längst nicht mehr nur um die U-Bahn, wenn wir mobilisieren, sondern auch gegen den Diebstahl durch die Pensionsfondsverwaltung (AFP), für einen Zugang zu Gesundheit und Wohnraum, sowie um die Verteidigung der Gebiete, Wasser und Land.

Den Oberschüler*innen, die diese Bewegung gegründet haben, sagen wir: Ihr werdet in der Revolte nicht mehr allein sein. Als Gewerkschaft verschiedener Berufe und als Organisation, die ihre Wurzeln in den Kämpfen des Anarchosyndikalismus hat, nehmen wir an der Kundge-bung am Montag, 21. Oktober, auf der Plaza de Armas, um 18:00 Uhr teil.

Gegen Kapitalismus und staatliche Unterdrückung: Gegenseitige Hilfe, Organisation und direkte Aktionen!“

Sindicato de Oficios Varios Santiago

https://sovsantiago.wordpress.com

ÖSTERREICH

Chile-Solidemo

Am 21.09.2019 hat das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat (WAS) mit weiteren solidarische Genoss*nnen und den Freund*innnen von „Chile Despertos Wien“ eine Solidaritätsdemonstration für die aufständischen chilenischen Arbeiter*innen gemacht – mit dem Ziel, ihre Unterstützung zu zeigen und auch die Leute auf der Straße über diesen sehr wichtigen und leider viel zu wenig in den bürgerlichen Medien beachteten Kampf zu informieren.

Trotz des starken Regens versammelten sich rund 50 Leute vor der Botschaft der Republik Chile. Neben Rede-beiträgen und Musik wurde auch Infomaterial zur Situation in Chile verteilt. Es gab rot-schwarze Fahnen, Transpa-rente mit revolutionären spanischen Sprüchen und viele gemalte Augen zu sehen. Die Augen stehen als Symbol für die mehr als 300 Menschen, die seit Oktober durch die brutalen Polizeieinsätze ihre Sehkraft durch Gummi- bzw. Schrotgeschosse verloren haben.

Von der Kundgebung am Lugeck ist eine Demonstration dann lautstark zum Stephansplatz gezogen, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

Der Kampf gegen das Kapital und für ein besseres Leben für alle geht weiter, in Chile und überall!

Mehr Infos:
https://wiensyndikat.wordpress.com/



KOLUMBIEN

Gewerkschaft fordert Aufklärung über verschwundenen Studenten

Die libertäre Gewerkschaft der Studierenden und Arbeiter*innen (ULET-IAA) in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá macht auf den Fall eines Jurastudenten aufmerksam, der als "verschwunden" gemeldet wurde.

Vor allem in Lateinamerika stehen solche Entführungen meist im Zusammenhang mit illegalen Folterungen und Hinrichtungen von Oppositionellen durch paramilitärische Faschist*innen. Daher wird auch im Fall Cesar Arias das Schlimmste befürchtet und eine öffentliche Aufklärung gefordert.

Mehr Infos:

http://www.uletsindical.org

https://www.facebook.com/groups/ULETsindical/

KOLUMBIEN

Generalstreik gegen Reformen

Trotz anhaltender Repression durch Polizei und Militär, die mit einer Durchuchungs- und Verhaftungswelle gegen angeblich "terroristische" Aktivist*innen und Gewerkschaften vorgehen, haben am 21.11. Hunderttausende gegen die neoliberale Sparpolitik der rechtskonservativen Regierung von Präsident Iván Duque demonstriert.

Die Großdemonstrationen in dem südamerikanischen Land, das vom Bürgerkrieg zwischen maflösen Rebellengruppen und autoritärem Staat geplagt ist, wendeten sich gegen die geplante Wirtschafts- und Sozialreform (wie Senkung des Mindestlohns unter 25 Jahre, Anhebung des Rentenalters und Privatisierung des Rentenfonds).

Auch die anarchosyndikalistische Gewerkschaft der Studierenden und Arbeiter*innen (ULET-IAA) hat sich an dem eintägigen Generalstreik beteiligt und erenut auf den Zusammenhang von staatlicher Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung hingewiesen.

Die aktuellen Proteste gegen die Regierungspartei Centro Democrático vereint Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Studierende, Feminist*innen, Indigene, Künstler*innen und Intellektuelle, sogar Teile der katholischen Kirche und prominente Persönlichkeiten unterstützten den Generalstreik.

Sie wenden sich auch gegen die Ermordung von Mitgliedern sozialer und ökologischer Organisationen und fordern die Einhaltung des 2016 vereinbarten Friedensabkommens mit der linksnationalistischen Guerilla FARC.

Die Polizei griff in mehreren Städten die Massenproteste mit Tränengas an, wobei es zu hunderten verletzen Demonstrant*innen und drei Toten kam.

Kontakt:

Unión Libertaria Estudiantil y del Trabajo

http://www.uletsindical.org

https://www.facebook.com/groups/ULETsindical/

SPANIEN

Protest gegen gesundheits-schädliches Krankenhaus-Essen

Die Basisgewerkschaft CNT-IAA in Madrid hat Mitte Oktober gegen die Verwendung von gesundheits-schädlichen Aluminiumtöpfen in der Kantine des "Hopital 1 de octubre" protestiert.

Nachdem eingereichte Beschwerden bei Gesundheits-aufsicht und Arbeitsssicherheit keine Wirkung gezeigt hatten, wurde eine Kundgebung vor dem Haupteingang organisiert, um auf den Hygieneskandal aufmerksam zu machen. Gleichzeitig lief eine weitere Gruppe durch die Stationen und klärte mit Megaphon, Flugblättern und Plakaten über die Risiken durch aluminiumbelastetes Krankenhauss-Essens auf.

Der Gewerkschaftsdelegierte der Gesundheitssektion, der in diesem Hospital arbeitet, kritisiert nicht nur die Verwendung von schadhaften Kesseln und Töpfen, sondern muss sich auch gegen eine autoriäre Offensive der Krankenhausleitung zur Wehr setzen, die ihn zum Schweigen bringen will.

Sindicato de Oficios Varios (Sección de Sanidad)
CNT-IAA Madrid

https://sovmadrid.org

SPANIEN

Madrid: Gemeinsam gegen die Klimakonferenz COP 25

Die Basisgewerkschaft CNT-IAA (Sektion Bildung und Sozialarbeit) in der spanischen Hauptstadt hat den Aufruf zu einer Demonstration gegen die-UN-Klimakonferenz am 06.12.unterstützt.

Die politisch verantwortlichen Verursacher*innen der Klimakrise, die sich dort versammeln, sind nämlich kein Teil der dringend nötigen Problemlösung, sondern stehen einer Beendigung des fossilen Systems von Rohstoffgewinnung (Extraktion), Produktion und Verteilung (Logistik) nur im Weg.



Da wir uns auf die Machtpolitik der Stellvertreter*innen in Parlament und Betriebsrat nicht verlassen können, müssen wir selbstbestimmt und mit direkten Aktionen den umweltzerstörerischen Kapitalismus beenden, bevor er den Lebensraum auf unserem Planeten endgültig zerstört

Sindicato de Enseñanza e Intervención Social
Federación Local de Sindicatos, CNT-AIT Madrid

https://www.facebook.com/CNTEnsenanzaMadrid/

SPANIEN

Tarragona: Abfindung erkämpft

Den erfolgreichen Abschluss einen zehnmonatigen Arbeitskampfes meldet die Basisgewerkschaft CNT-IAA in der katalanischen Kleinstadt El Vendrell.

Am 13.12.2019 einigten sich das Unternehmen „Estanc número 2“ nach einer Vorvereinbarung auf eine Abfindung für eine gekündigte Mitarbeiterin. Dieses Abkommen war außergerichtlich ohne Hinzuziehung von Rechtsanwält*-innen getroffen und ausschließlich durch den von der Gewerkschaft mittels direkter Aktionen aufgebauten Druck erreicht worden. Es lohnt sich also zu kämpfen!

Die Strategie des Unternehmens, ein Tabakladen, die seit über 10 Jahren dort arbeitende Kollegin einfach wie ein gebrauchtes Taschentuch wegzuschmeißen und vor die Tür zu setzen, hat sich als falsch herausgestellt. Eigentlich sollte sie ohne einen Cent zu bekommen rausgeworfen werden, was durch eine erfundene Strafmaßnahme

gerechtfertigt wurde. Doch nach der Gewerkschaftskampagne und mehreren Kundgebungen vor der Ladentür gab der Arbeitgeber auf und zahlte einen hohen Abfindungsbetrag, mit dem die Gekündigte einverstanden ist.

Die Rechnung des Unternehmens ist also nicht aufgegangen, denn sie haben nicht in Betracht gezogen, dass die Gewerkschafterin direkt die CNT-IAA informieren würde, welche mit den bekannten Mitteln Gegendruck ausüben konnte.

Die Genossin Rosa und die CNT-IAA aus Tarragona bedanken sich nun bei der gesamten Gewerkschaftsföderation für ihre Unterstützung und Solidarität, die dabei geholfen haben, diesen Konflikt zu lösen. Sie setzen sich weiterhin ein für Soldiarität und gegenseitige Hilfe unter Gleichen, aber gegen bezahlte Funktionär*innen und staatliche Fördergelder!

CNT-IAA Tarragona

http://cntaitalbacete.es



AUSTRALIEN

Protest gegen unfaire Entlassung in Melbourne

Die Anarchosyndikalistische Föderation (ASF-IWA) in Melbourne North hat am 21.12.2019 im Stadtteil Caroline Springs bei einer Niederlassung der Baumarktkette Bunning eine unangekündigte Protestversammlung abgehalten. Sie wendete sich dabei gegen die nicht gerechtfertigte Entlassung eines ihrer Mitglieder, das sich gegen eine Mitgliedschaft in der reformistischen Dienstleistungsgewerkschaft SDA (Shop, Distributive and Allied Employees Association) ausgesprochen hatte.

Der Anarchosyndikalist Ivan war in der Woche zuvor wegen angeblicher Missachtung von Sicherheitsrichtlinien durch einen Gabelstaplerfahrer am letzten Arbeitstag fristlos entlassen worden. Die Gewerkschaft ASF-IAA sieht in der selektiven Anwendung der Sicherheitsvorschriften eine Bestrafungsmaßnahme des Managements gegen die Arbeiter*innen. Außerdem kämpft sie für die Zahlung des vorenthaltenen Lohnes für den Gekündigten.

ASF-IAA Melbourne North

https://www.facebook.com/ASF-Melbourne-North-270528233152758/

SERBIEN

Post-Streik erzwingt Zugeständnis

Nach der Aufnahme von Regierungsverhandlungen am 12.12. haben die streikenden Postarbeiter*innen den Ausstand für beendet erklärt.

Die Anarchosyndikalistische Initiative (ASI-IAA) sendet ihre Glückwünsche und Solidarität an die mutigen Postarbeiter*innen. Wie die Basisgewerkschaft mitteilte, ist die erreichte Lohnerhöhung und die Zurücknahme jeglicher Sanktionen gegen die Streikenden ein großer Erfolg und ein Sieg für die gesamte Arbeiter*klasse in Serbien, obwohl das Angebot nur etwas besser war als das vorherige, das die Arbeiter*innen zuvor noch abgelehnt hatten.

Die Tatsache, dass dieser Sieg durch direkte Aktionen, wie Streiks und Blockaden, aber ohne jede Einmischung von Parteien und Politiker*innen gewonnen wurde, ist besonders erfreulich. In der Öffentlichkeit wurden die ehrlichen Absichten der Streikenden und die Notwendigkeit ihres Kampfes anerkannt und die Unterstützung für den Streik wurde jeden Tag größer und stärker. Arbeiter*innen, die seit Jahren durch Wahlen versuchen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, haben nun beispielhaft gezeigt, wie man erfolgreich kämpfen kann, um die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.

Aber wie in jedem Kampf gab es auch Fehler und Dinge, die noch verbessert werden könnten, damit die Arbeiter*-innen noch erfolgreicher werden. So ist es z. B. notwendig, dass die Verhandlungsdelegation, welche die Arbeitnehmer*innen vertritt, keine Macht haben darf, um im Namen aller zu entscheiden.

Das Tempo der Verhandlungen sollte von allen Arbeiter*-innen vorgegeben werden und nicht nur von wenigen Anwesenden. Die Entscheidungen sollten nie getroffen werden, bis alle an dem Streik Beteiligten ihre Meinung dazu beigetragen haben. Das sind die Lehren, die künftig gezogen werden sollten, damit noch mehr Arbeitskämpfe erfolgreich sind.

Anarhosindikalistička inicijativa (ASI-IAA)

https://www.facebook.com/borbenisindikat/



BANGLADESCH

Besuch aus Indonesien

Eine Delegation der Basisgewerkschaft „Persau-daraan Pekerja Anarko-Sindikalis“ (PPAS) aus dem südostasiatischen Inselstaat Indonesien war im September 2019 zu Besuch in Bangladesch.

Sie waren zu Gast bei dem Jahreskongress der dortigen Anarchosyndikalistischen Föderation (BASF), der in der ostbengalischen Regionalhauptstadt Sylhet stattfand.



Beide Basisgewerkschaften sind seit dem Kongress von Melbourne (Australien), der Ende 2019 stattfand, die entsprechenden Landessektionen der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) [siehe unten].

Kontakte:
https://ppasonline.wordpress.com
https://www.bangladeshasf.org

AUSTRALIEN

Internationaler Gewerkschaftskongress

Der 27. Kongress der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation fand Ende Dezember in Melbourne statt.

Es war das erste Mal, dass ein IAA-Kongress in dieser Region abgehalten wurde. Daher schätzt das Sekretariat der Gewerkschaftsvereinigung das Treffen als bedeutend ein, da es die Bereitschaft bekräftigt, den Kampf international zu führen.

Dieser Kongress war geprägt von einer Erweiterung in die Region „Asien-Pazifik“ hinein. Neue Sektionen wurden aufgenommen: aus Indonesien die PPAS (Persaudaraan Pekerja Anarko-Sindikalis) und aus Bangladesch die BASF (Bangladesch Anarcho-Syndicalist Federation).

Darüber hinaus ist die Libertäre Solidaritätsfront „Mukti-vadi Ekta Morcha“ (MEM) aus Indien nun als befreundete Organisation anerkannt [https://muktivadi.blackblogs.org].

Eine dritte neue Sektion ist die „Örestad Lokala Samorganisation“ aus Schweden, die bisher den Status von Freund*innen hatte [https://orestadls.wordpress.com].

Ebenso wollte die ULET [Unión Libertaria Estudiantil y del Trabajo, aus Kolumbien eigentlich als Sektion aufgenommen werden. Doch leider kam ihr Antrag nicht mehr rechtzeitig, aber dies wird bei nächster Gelegenheit besprochen werden. [http://www.uletsindical.org]



Das IAA-Sekretariat heißt alle neuen Mitglieder in der Internationale willkommen und erhofft ein weiteres Wachstum in den kommenden Jahren.

Der Kongress hat zwar drei Tage lang gearbeitet, es aber trotzdem nicht geschafft einige wichtige Diskussionen zu führen. Diese werden auf der nächsten Plenarsitzung weitergeführt werden, die im Juni 2021 in der Slowakei stattfinden wird. Die Sektionen haben eine Reihe dringender Themen besprochen, darunter die Koordination internationaler Aktionen gegen vorenthaltene Löhne und die Ausbeutung von Arbeiter*innen. Auch wie die Diskussionen und Prozesse zwischen den Mitgliedsorganisationen verbessert werden können, war Thema. Es wurde beschlossen die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und es gibt bereits Pläne für die 100-Jahr-Feier der IAA, welche 2022 stattfindet. Der Jahrhundertkongress wird in jenem Jahr dann in Spanien stattfinden.

Viele Sektionen haben zudem ihre Tätigkeitsberichte vor und während des Kongresses veröffentlicht, die auf vielfältige Arbeitskämpfe und andere Aktivitäten verweisen. Es war eigentlich geplant gewesen, sich bei dem Treffen mehr darüber auszutauschen, doch die begrenzte Zeit ließ dies nicht zu. Aber alle haben die Kopien der Berichte erhalten. Fast alle Sektionen und Freund*innen haben an diesem wichtigen Kongress teilgenommen, darunter Anarchosyndikalist*innen aus Australiien, Bangladesch, Brasilien, Frankreich, Indien, Indonesien, Kolumbien, Norwegen, Österreich, Polen, Russland, Serbien, Slowakei, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Hinzu kamen Beobachter*innen aus Australien und Aotearoa [„Neuseeland“], die ebenfalls anwesend waren.

Formelle Grüße kamen von Freund*innen, sowie anarchosyndikalistischen und anarchistischen Organisationen aus Australien, Chile, Irak, Kurdistan, Turkei und den USA. Und während des Kongresses kamen immer noch weitere Grußbotschaften an.

Obwohl es so viele Sachen zu besprechen gab, von denen sich manche als kompliziert herausgestellt hatten, verlief die Versammlung problemlos und freundschaftlich kollegial. Die Teilnehmer*innen sahen es als einen großen Erfolg an, dass die Internationale wirksame Mahnahmen ergreift, um ihre Grundlagen zu verändern und sich in Gebiete zu begeben, in denen sie bisher nicht präsent war. Das IAA-Sekretariat freut sich auf langlebige und fruchtbare Beziehungen zu neuen Genoss*innen und auf die Weiterentwicklung des Anarchosyndikalismus in immer mehr Ländern der Welt.

Aktualisierung der IAA-Statuten:

Auf diese Änderungen hatte sich zwar bereits der vorherige Kongress geeinigt, aber die konkreten Formulierungen wurden nun vom 27. Kongress bestätigt.

Die Sektionen der Internationale legten dabei Wert darauf, einige der Grundsätze des Anarchosyndikalismus mehr zu betonen, vor allem in Bezug auf die Stellung von Delegierten und Mandaten. Daher wurde die Beschreibung des Sekretariats geändert, um auch die Beschlüsse bezüglich der Abrufbarkeit zu den bisherigen Erläuterungen der Verantwortlichkeit mit einzubeziehen:



Das Sekretariat ist unbezahlt und seine Aufgaben werden abwechselnd übernommen [Rotation]. Es hat keine Entscheidungsmacht, erfüllt bestimmte Aufgaben und hilft dabei, das Funktionieren der internationalen Gewerkschaftsföderation zu koordinieren.

https://iwa-ait.org
https://www.facebook.com/iwa.ait

INDIEN

Massenprotest im Generalstreik

Am 08. Januar fand auf dem indischen Subkontinent ein landesweiter Streiktag mit massenhafter Mobilisierung der Bevölkerung statt.

Obwohl viele Arbeiter*innen daran aktiv teilnahmen, ist zu befürchten, dass die Gewerkschaften – wie so oft – diese für die Ziele politischer Parteien einspannen, da die Arbeiter*schaft darauf kaum Einfluss hat. Die Basisgewerkschafter*innen der Muktivadi Ekta Morcha hoffen jedoch, daran etwas zu verändern, indem sie sich in der Industriemetropole Bhopal (Hauptstadt des Bundesstaats Madhya Pradesh) dem Generalstreik angeschlossen haben, um den Anarchosyndikalismus dort weiter bekanntzumachen.

Denn die MEM-IAA berichtet, dass solche Generalstreiks in Indien größtenteils nur ein Spektakel für die parlamentarischen Parteien sind, die auf Kosten des Leids der Arbeiter*innen ihre Wahlwerbung betreiben.

Die meisten – wenn nicht sogar alle – Gewerkschaften sind nämlich Teil von „linken“ Parteien und bevormunden die Arbeiter*innen auf solchen Demonstrationen noch weitaus mehr als am Arbeitsplatz.

Es gibt zwar einige unabhängige Gewerkschaften, die weniger autoritär sind, aber fast keine tatsächlich demokratischen Arbeiter*innen-Organisationen. Daran will die MEM mit ihrer Präsenz auf solchen Massenprotesten etwas ändern.

Quellen:

https://www.facebook.com/iwa.ait/

https://www.facebook.com/muktivadi/

AUSTRALIEN

Solidarität mit Jock Palfreeman

Die Anarchosyndikalistische Föderation (ASF-IAA) in der australischen Hauptstadt Canberra hat im November und Dezember 2019 zwei Solidaritätskundgebungen vor der Bulgarischen Botschaft zur Unterstützung von Jock Palfreeman organisiert.

Der aus Sydney stammende Palfreeman war in Bulgarien zu 20 Jahren Haftstrafe verurteilt worden, weil er während einer Reise im Dezember 2007 zwei Roma-Jugendliche gegen einen rassistischen Angriff rechter Hooligans mit einem Messer verteidigt hatte, wobei einer der 13 Angreifer unbeabsichtigt zu Tode kam.

Für diese Nothilfe war Jock zwei Jahre wegen Mordes zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden, von denen er mittlerweile 11 Jahre abgesessen hat. Der erstochene Angreifer war der zwanzigjährige Jurastudent Andrei Monov, dessen Vater ein Parlamentsmitglied der bulgarischen Nationalversammlung in der sozialdemokratischen Fraktion “Bündnis für Bulgarien“ (BSP) ist.

Im September 2019 war Palfreeman nach seiner vorzeitigen Freilassung durch einen Entscheid des Obersten Kassationsgerichts zwar vorerst auf Bewährung freigelassen worden, aber bereits am nächsten Tag in die Abschiebehaftanstalt Busmantsi in Sofia gesperrt worden.

Erst nach etwa einem Monat wurde er Mitte Oktober von dort freigelassen. Doch die Behörden hatten kurz zuvor seinen australischen Reisepass eingezogen und er darf den Balkanstaat vorerst nicht verlassen.

Währenddessen muss er jede Woche beim Innenministerium erscheinen, bis der Ausreisestopp aus dem Jahr 2011 aufgehoben wird. Palfreeman fürchtet nun, dass er von dem korrupten und mafösen Rechtssystem Bulgariens, deren mächtiger Generalstaatsanwalt unter dem Einfluss rechter Politik steht, erneut lebenslänglich inhaftiert werden könnte.

Denn das Oberste Gericht des Landes erwägt zurzeit eine Neuaufnahme seines Gerichtsverfahrens, obwohl es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Mittlerweile wurden Videoaufnahmen einer Verkehrskamera veröffentlicht, die bewiesen hätten, dass Palfreeman den Angegriffenen zu Hilfe gekommen war und sich daraufhin selbst gegen die rechten Hooligans in Notwehr verteidigen musste.

Trotzdem fürchtet er, im Fall einer erneuten Gefängnisstrafe weiterer Gewalt ausgesetzt zu sein. Denn nicht nur

liegt die Gefängnisaufsicht in der Verantwortung eines Ministers, der von der rechtspopulistischen Partei „Bulgarische Nationale Bewegung – BMPO“ (Balgarsko nazionalno dwischenie) unterstützt wird.



Die rechtsextreme Partei Ataka, die gemeinsam mit der BMPO an dem Wahlbündnis „Vereinigte Patrioten“ beteiligt ist, hat nach seiner Freilassung sogar eine Demonstration in der Hauptstadt Sofia organisiert, auf der sie nicht nur seine erneute Inhaftierung forderten, sondern auch die Entlassung und eine Anklage gegen die Richter*innen, die sein Urteil kassiert hatten.

Der Australier hat daher die Befürchtung, dass er im Fall einer erneuten Verurteilung im Knast reinlegt werden könnte, indem man ihm Drogen unterschiebt oder ihn durch falsche Zeugenaussagen belastet, um eine weitere Haftstrafe im Hochsicherheitsgefängnis zu rechtfertigen.

Denn als prominentes Mitglied der Bulgarischen Gefangenenvereinigung (http://bpra.info//en/) hat Jock Palfreeman vielen anderen Inhaftierten oft Rechtsbeistand geleistet und sich dadurch mit dem korrupten Justizsystem angelegt. Mehrmals wurden er und andere Gefangene von Wärtern geschlagen und im Januar 2013 war er aus Protest gegen unfaire Behandlung sogar in einen Hungerstreik getreten.

In einem Interview nach seiner Freilassung erklärte der 33-jährige Antifaschist aber, dass er während seiner Haft von der bulgarischen Bevölkerung viel Unterstützung erhalten habe und er großen Respekt vor deren mutigen Widerstand gegen die korrupten und autoritären Machthaber*innen in dem ehemaligen Sowjetstaat habe.

Mehr Infos:
https://slackbastard.anarchobase.com/?p=45514

SPANIEN

Gegen das Verbot von Sexarbeit

Mehrere Syndikate der spanischen Gewerkschaftskonföderation CNT-IAA haben Anfang Januar 2020 eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht zur intern geführten Diskussion über Sexarbeiter*innen und ob deren gewerkschaftlichen Initiativen unterstützt bzw. als eigene Sektionen aufgenommen werden.

Dabei möchten die Unterzeichnenden dazu beitragen die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrem Zusammenhang zu sehen, sowie nachvollziehen, wer aus welchen Gründen Sexarbeit leistet und diese auch als solche bezeichnet.

Zunächst stellen sie fest, dass Sexarbeit tatsächlich eine Erwerbsarbeit ist. Mit anderen Worten: Leute, die mit Sex arbeiten nutzen ihre Körperkraft für eine Dienstleistung und es handelt sich offensichtlich um eine entlohnte Tätigkeit, da diese im Austausch für Geld geleistet wird (was eine der Grundlagen des kapitalistischen Systems darstellt). Aufgrund der Natur dieser Arbeit werden die Körper dabei als Objekte behandelt, also verdinglicht. Dies geschieht im Rahmen der kollektiven Vorstellung, so wie auch bei Models, Schauspielerinnen*, Hostessen* und anderen, aber in diesem Fall auf eine sehr aggressive Art.

Obwohl der Vertrag über eine Dienstleistung abgeschlossen wird, besteht in der gemeinschaftlichen Imagination die Vorstellung einen Körper zu mieten. Diese Verdinglichung betrifft vor allem Frauen*, wordurch der patriarchale Zusammenhang deutlich wird. In der Sexarbeit finden sich vielzählige Berufe: so z. B. Prostituierten, die in Straßen, Wohnungen oder Clubs arbeiten und solche, die über Webcams oder am Telefon tätig sind. Sowie Escorts, Porno-Darsteller*innen oder Anbieter*innen erotischer Dienstleistungen für Menschen mit Funktionsstörungen.

Diese Arbeit kann auf eigene Rechnung ausgeführt werden oder für andere, die ein vorab vereinbartes Angebot in Auftrag geben. Offensichtlich gibt es dabei, wie auch bei anderen Erwerbstätigkeiten jede Menge Missbrauch und Ausbeutung, was die genannte Verdinglichung noch weiter verstärkt. Doch die Basisgewerkschafter*innen weisen darauf hin, dass in ihren Kollektiven keine Sexarbeiter*innen teilnehmen sollen, die Opfer von Menschenhandel

geworden sind. Es ist jedoch wichtig, die unterschiedlichen Unterdrückungsarten zu betrachten, von denen diese Menschen betroffen sind und welche oftmals ihre Entscheidung zur Sexarbeit bedingt haben: soziale Klasse, Rassismus, migrantischer Status oder Sexualität bzw. Gender-Identität. Eine Menge dieser Menschen prostituieren sich, weil ihre Auswahl an Jobangeboten begrenzt ist und sie von unsicheren Verhältnissen, Ausgrenzung oder gesellschaftlichem Ausschluss betroffen sind.

Sexarbeitet bietet ihnen eine Einkommensquelle, die es ihnen nicht nur erlaubt zu überleben, sondern auch Geld an ihre Familien zu schicken (falls sie Migrant*innen sind) oder kostspielige Operationen zur körperlichen Anpassung an die sexuelle „Normalität" zu finanzieren (wenn sie Transsexuelle sind). Hinzu kommt die zeitliche Flexibilität, die es ihnen erlaubt auch anderer Arbeit nachzugehen oder sich um bedürftige Angehörige zu kümmern. Durch die prekären Jobs, zu denen sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Lage verdammt sind, ist ihnen nichts davon möglich – falls sie überhaupt eine Stelle finden.

Diese Zusammenhänge wollen die Syndikate jedoch aus ihrer anarchistischen Sichtweise und nach den Grundsätzen des freiheitlichen (libertären) Kommunismus betrachten. Denn diese Prinzipien wenden sich gegen jede Art der entlohnten Tätigkeit und bauen auf die freie Selbstorganisation der Arbeiter*klasse, um die Produktionsmittel zu übernehmen und den Verbrauch zu organisieren. Dabei soll die soziale Revolution verwirklicht und ein gesellschaftliches Wirtschaftsmodell auf Grundlage gerechter Verteilung erreicht werden, in dem alle nach ihren Bedürfnissen versorgt werden.

Diese Strategie der Gewerkschaftskonföderation zeigt sich in der Anerkennung freiheitlicher Prinzipien, wie Solidarität, gegenseitge Hilfe, Gleichberechtigung (Horizontalität), Entscheidungsfindung in Versammlungen, Anti-Autoritarismus und direkte Aktionen. Obwohl klar ist, dass es in der Welt des Kapitalismus Arbeiten gibt, die in einer libertär-kommunistischen Gesellschaft sinnlos wären, und wenn man davon ausgeht, dass Sexarbeit (zumindest in vielen ihrer Formen) dazu zählt, so könnte man das auch über andere Jobs sagen. Darunter zählen die erwähnten Tätigkeiten als Model, Kellner*in oder Verkäufer*in, deren Gewerkschaftsmitgliedschaft aber nicht in Frage gestellt wird. Natürlich sind manche Berufsgruppen in der CNT-IAA nicht erwünscht, weil sie nicht als Teil der Arbeiter*-klasse angesehen werden, da sie ein Teil des unterdrückerischen Machtsystems bzw. des Staates sind, wie z. B. Armee und Polizei. Aber Sexarbeiter*innen unterdrücken niemanden, im Gegenteil, sie werden von der staatlichen Repressionsstruktur besonders unterdrückt.
Die Verdinglichung von Körpern und die aggressive Weise, auf die Sexarbeit in der Vorstellung der Gesellschaft geschieht, führen zu einer besonders empfindlichen Lage. Das bringt manche Genoss*innen dazu, sich für deren Abschaffung auszusprechen. Das ist aber ein autoritärer Strafansatz und eine Bevormundung, welche die patriarchalen Rollen nur festigt und freiheitlichen Grundsätzen bzw. der anarchosyndikalistischen Strategie widerspricht.

Denn das verhindert, dass Leute, die Sexarbeit leisten, Gewerkschaftsmitglieder werden und in dieser Branche aktiv werden können. Dies spricht gegen die Prinzipien von Solidarität, Freiheit und Selbstbestimmung. Und es stigmatisiert diese Leute noch weiter und macht sie angreifbarer durch institutionelle und gesellschaftliche Gewalt. Schließlich widerspricht das auch dem anarchosyndikalistischen Vorgehen zur Unterstützung der Selbstorganisation von Arbeiter*innen, wie es sie in diesem Bereich in Spanien bereits gibt. Auch ein Angriff auf jene, die solche Dienste in Anspruch nehmen, führt zu prekärem Mangel an Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dadurch werden Sexarbeiter*innen weiteren Gefahren ausgesetzt und ihre Möglichkeiten eingeschränkt, ihr Einkommen zu sichern.

[…] Durch gewerkschaftliche Organisierung und direkte Aktionen können sie entscheiden, welche Ziele ihrem Wohlergehen und ihrer Emanzipation hilfreich sind. […] Sie können soziale Projekte aufbauen oder an ihnen teilnehmen, um mehr Möglichkeiten zu haben, ihr Leben jenseits der Sexarbeit besser zu gestalten. Auch der Kampf gegen Menschenhandel, sowie Hilfe und Absicherung für Sexarbeiter*innen kann mit direkten Aktionen und gegenseitiger Hilfe geführt werden: Boykott, Streik und Sabotage, wenn nötig auch Kundgebungen vor einem Club. [...]

CNT-IAA Alcoi, Alicante, Tarragona und Vega Baixa,
sowie Feministische Sektion der CNT-IAA Granada

https://iwa-ait.org/content/statement-anti-abolition-sexual-work



ViSdP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln